

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Sven Kindler, Alexander Bonde, Priska Hinz (Herborn), Stephan Kühn, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Hans-Josef Fell, Katrin Göring-Eckardt, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Beate Müller-Gemmeke, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Gerhard Schick, Dorothea Steiner, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/623, 17/624, 17/625 –**

### **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimawandel ist die größte ökologische, soziale und ökonomische Herausforderung unserer Zeit. Dies gilt auch und insbesondere nach den enttäuschenden Verhandlungen von Kopenhagen. Dass noch kein internationales Abkommen ausgehandelt werden konnte, darf kein Grund sein, die Anstrengungen für den nationalen und internationalen Klimaschutz herunterzufahren. Im Gegenteil, gerade jetzt muss Deutschland Vorreiter sein und mit einer ambitionierten Klimapolitik die Chancen des ökologischen Umbaus der Wirtschaft konsequent nutzen. Nur wer sich aus der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen befreit, kann zukünftig mit einer kohlenstoffarmen Ökonomie Lebensqualität und Beschäftigung sicherstellen und zudem dadurch insbesondere Länder, die bisher wenig für den Klimaschutz getan haben, unter Zugzwang setzen, selbst beim Klimaschutz mitzuziehen, um den Anschluss nicht zu verlieren.

Die Bekämpfung des Klimawandels und der ökonomischen Krise schließt sich daher nicht gegenseitig aus, sondern geht Hand in Hand. Nur eine ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Wirtschaftspolitik macht Deutschland klima- und krisenfest. Investitionen in den ökologischen Umbau wirken gleichzeitig konjunkturstützend.

Dieser Tatsache wird die Bundesregierung mit ihrem Gesetzentwurf für den Bundeshaushalt 2010 nicht gerecht. Der Entwurf des Bundeshaushaltes macht deutlich, wie sehr Ankündigung und Handeln beim Klimaschutz bei der Bun-

desregierung auseinandergehen. Zusagen, die im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen von der Bundeskanzlerin zur Finanzierung des internationalen Klimaschutzes gemacht wurden, werden nicht eingehalten. So werden statt der versprochenen 420 Mio. Euro nur 70 Mio. Euro zusätzlich eingestellt. Mittel zur Gebäudesanierung, Förderung der erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung werden gekürzt oder mit Sperrvermerken versehen.

Die Bundesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der den Klimawandel nicht verhindert, sondern im Gegenteil weiter beschleunigt. Obwohl sich die Bundesrepublik Deutschland im Beschluss des G20-Gipfels von Pittsburgh im September 2009 noch dazu verpflichtet hat, Subventionen für fossile Energieträger auslaufen zu lassen, wird nach wie vor mit Milliardensummen umwelt- und klimaschädliches Verhalten belohnt. Diverse Ausnahmeregelungen bei Energie- und Ökosteuern verhindern Investitionen in Effizienzmaßnahmen und die Umstellung auf erneuerbare Ressourcen. Die steuerliche Entlastung bei der Anschaffung schwerer Dienstwagen mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß oder die Förderung der Kohleverstromung fördert klimaschädliches Verhalten auf Kosten der Allgemeinheit, ebenso wie die Nichtbesteuerung von Kerosin im Flugverkehr. Mindestens 15 Mrd. Euro an umwelt- und klimaschädlichen Subventionen und Steuervergünstigungen können jährlich abgebaut und in den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft investiert werden.

Wir schlagen ein Paket von Maßnahmen vor, das zielgerichtet und gestaltend Antworten sowohl auf die Herausforderung des Klimawandels als auch auf die Wirtschaftskrise gibt. In vier Bereichen „Ökologischen Umbau vorantreiben“, „Internationaler Klimaschutz“, „Jetzt für morgen forschen“ und „Kein Sponsoring des Klimawandels“ schlagen wir für das Jahr 2010 Mehrausgaben mit einem Umfang von rund 5,4 Mrd. Euro vor. Diese sind gleichzeitig durch Kürzungen bei umweltschädlichen Subventionen und Steuervergünstigungen in Höhe von rund 8,5 Mrd. Euro mehr als gegenfinanziert. Perspektivisch wachsen die Investitionen in den Klimaschutz auf 12,9 Mrd. Euro bis 2013 an, die zusätzlichen Einnahmen steigen bis 2013 sogar auf 13,7 Mrd. Euro.

<b>Klimaschutzhaushalt 2010 und Klimaschutzfinanzplan 2013</b>					
	2010	2011	2012	2013	Summe
	in Mrd. Euro				
<b>Ausgaben</b>					
Energiesparfonds	3,00	3,00	3,00	3,00	12,00
Marktanreizprogramm&Klimaschutzinitiative	0,07	0,30	0,30	0,30	0,97
Forschung&Entwicklung Erneuerbare Energien	0,04	0,30	0,40	0,50	1,24
Ausbau Stromnetze	0,10	0,10	0,20	0,30	0,70
Programm biologische Vielfalt	0,30	0,30	0,30	0,30	1,20
Maßnahmen CO2-Gebäudesanierung	0,08	0,19	0,30	0,41	0,97
(VE CO2-Gebäudesanierung)	(1,10)	(1,10)	(1,10)	(1,10)	(4,40)
Infrastruktur/Schiene/Radwege	0,82	0,82	0,82	0,82	3,29
weitere Maßnahmen Verkehrsbereich	0,31	0,31	0,31	0,31	1,24
Internationaler Klimaschutz	0,65	1,50	3,00	7,00	12,15
<b>Summe</b>	<b>5,38</b>	<b>6,82</b>	<b>8,63</b>	<b>12,94</b>	<b>33,77</b>
<b>Einnahmen durch Abbau von Subventionen</b>					
Vorzeitiges Auslaufen Steinkohlesubventionen		nicht quantifizierbar			
Rückzahlung Steinkohlesubv. wegen Angleichung an Weltmarktpreis	0,26	0,26	0,26	0,26	1,03
Abschaffung Privilegien Braunkohlewirtschaft	0,10	0,20	0,20	0,20	0,70
Abschaffung Dienstwagenprivileg	0,45	0,90	0,90	0,90	3,15
Abschöpfung Zusatzgewinne durch kostenfreie Zuteilung CO2-Zertifikate	1,00	2,00	2,00	Voll- versteigerung	5,00
<b>Abschaffen Ausnahmen Ökosteuer</b>					
Strom- u. Energiesteuer-Ermäßigungen	1,21	2,42	2,42	2,42	8,47
Spitzenausgleich	0,98	1,96	1,96	1,96	6,86
Besteuerung Erdöl bei stofflicher Nutzung	0,80	1,60	1,60	1,60	5,60
Abschaffung Herstellerprivileg	0,14	0,27	0,27	0,27	0,95
Steuerentlastung für bestimmte energieintensive Prozesse	0,45	0,90	0,90	0,90	3,15
<b>Einnahmen durch Steuern und Abgaben</b>					
Kernbrennstoffsteuer	2,00	3,70	3,40	3,00	12,10
Erhöhung LKW-Maut	0,75	1,50	1,50	1,50	5,25
Kerosinbesteuerung Inland	0,34	0,68	0,68	0,68	2,38
<b>Summe</b>	<b>8,47</b>	<b>16,39</b>	<b>16,09</b>	<b>13,69</b>	<b>54,64</b>

(Einnahmen aus einer Flugticketabgabe auf internationalen Flugverkehr werden zur Erhöhung der ODA-Quote verwendet.)

## II. Der Deutsche Bundestag beschließt:

### Ökologischen Umbau vorantreiben

Es wird ein Energiesparfonds von 3 Mrd. Euro eingerichtet, um die Bürgerinnen und Bürger beim Energieeinsparen zu unterstützen und somit finanziell zu entlasten. Mit den Mitteln soll der Fonds Energiesparprogramme konzipieren und finanzieren, die vor allem einkommensschwachen Haushalten zu Gute kommen. Hierzu gehören insbesondere:

- ein Programm zur energetischen Sanierung von Wohngebäuden mit Schwerpunkt in Stadtteilen mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte;
- ein Programm für den Austausch teurer und umweltschädlicher Stromheizungen;
- ein Programm zur Optimierung von Heizungsanlagen durch die Installation hocheffizienter Heizungspumpen;
- die Einrichtung eines Fonds zur Übernahme von Ausfallbürgschaften für Contracting-Unternehmen.

Um die im Herbst 2007 beschlossene Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (und gegen den Verlust von Arten und Lebensräumen) umzusetzen, stellen wir in den nächsten Jahren jeweils 300 Mio. Euro für ein „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“ zur Verfügung. Aus diesem Programm werden u. a. finanziert:

- die Einrichtung eines Monitoringzentrums für Biodiversität;
- die Schaffung eines Biotopverbunds in der Regie des Bundes;
- eine Informations- und Aufklärungskampagne zur biologischen Vielfalt;
- der Bau von Querungshilfen für wandernde Wildtierarten an Bundesverkehrswegen;
- die Renaturierung von Flüssen;
- ein Programm zur Umwandlung von Ackerflächen in Grünland in Überschwemmungsgebieten und auf moorigen Standorten;
- Ein Programm zur Einrichtung von Wildnisflächen in bundeseigenen Wäldern.

Weiterhin werden die Mittel für das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm um 1,1 Mrd. Euro aufgestockt und damit bei 2,2 Mrd. Euro verstetigt. Das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm ist ein wichtiger Baustein, um im Gebäudebereich Energie einzusparen und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Um die Klimaschutzziele, also die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent bis 2010 zu erreichen, muss die Sanierungsquote auf mindestens 3 Prozent pro Jahr erhöht werden. Dafür muss das Förderprogramm auf hohem Niveau fortgeführt werden, damit in den nächsten 30 bis 40 Jahren der gesamte Gebäudebestand saniert werden kann.

Außerdem wird das Marktanreizprogramm um 72,2 Mio. Euro aufgestockt. Das Geld soll für die zusätzliche Förderung im Wärmebereich und zusätzliche Programme für Kleinwindanlagen und für Solarboote eingesetzt werden. Die Förderung von Heizungskesseln, wie z. B. Brennwertkesseln, deren Brennstoffe nicht aus erneuerbaren Energiequellen stammen, soll dagegen unterbunden werden.

Zur Anschubfinanzierung für die Modernisierung und den Ausbau der Stromnetze werden 2010 40 Mio. Euro bereitgestellt. Bis 2013 soll dieser Betrag auf 250 Mio. Euro aufwachsen. Hiermit soll insbesondere verlustarme Langstreckenstromübertragung wie z. B. Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) gefördert werden.

Klimafreundliche Mobilität ist auf eine funktionsfähige Infrastruktur angewiesen. Die umweltfreundliche Schiene muss die Hauptlast am erwarteten Zuwachs des Güterverkehrs übernehmen können und dafür massiv ausgebaut werden. Dafür braucht es eine dauerhafte Aufstockung der Investitionsmittel auf 4,3 Mrd. Euro und eine wesentlich effizientere Verwendung dieser Mittel. Aufgrund des Auslaufens des Förderprogramms für umweltfreundliche Antriebe für schwere LKW ist es erforderlich, die drohende Förderlücke mit einem Anschlussprogramm zu schließen. Mit 100 Mio. Euro werden umweltfreundliche Antriebe und Kraftstoffe für schwere LKWs zur Euronorm 6 gefördert. Auch bei den Binnenschiffen sollen umweltfreundliche Motoren verstärkt zum Einsatz kommen, deshalb ist eine Aufstockung der Mittel um 5 Mio. Euro notwendig. Mit 500 Mio. Euro zinslosem Darlehen werden die dringend notwendigen Investitionen in die Schienenwege des Bundes gefördert. Auch Investitionen in nicht bundeseigene Schienen sollen mit 150 Mio. Euro gefördert werden. Das von der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung initiierte Förderprogramm für Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs (KV) und das Gleisanschlussprogramm sind ein voller Erfolg. Das überproportionale Wachstum des KV der letzten Jahre kann nur gehalten werden, wenn die Kapazitäten der Umschlaganlagen mitwachsen. Der Mittelansatz wird daher um 50 Mio. Euro jährlich erhöht.

Mit einem neuen Modellprogramm für fußgänger- und fahrradfreundliche Städte und Gemeinden mit einem Programmvolumen von 35 Mio. Euro beschreiten wir neue Wege im Verkehrsbereich. Die Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplanes wird durch zusätzliche 12 Mio. Euro beschleunigt. Der Ausbau von Radverkehrswegen soll mit einer Erhöhung um 20 Mio. Euro verstärkt angegangen werden.

#### Internationaler Klimaschutz

Erfolgreicher Klimaschutz ist nur dann möglich, wenn dieser auch und vor allem auf internationaler Ebene koordiniert und umfassend implementiert wird. Hierbei sind besondere Anstrengungen nötig, die ärmsten Länder der Welt bei den notwendigen Transformations- und Adaptionsprozessen für den Klimawandel zu unterstützen. Gleichzeitig gilt es zu verhindern, dass die Klimasünden der Industrieländer wiederholt werden. Industrieländer wie Deutschland, die den Klimawandel verursacht haben, müssen die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Klimaschutz unterstützen und dafür zusätzliche Gelder bereitstellen. Diese Mittel dürfen nicht mit anderen Entwicklungsgeldern verrechnet werden, um Armutsbekämpfung und Klimaschutz nicht gegeneinander auszuspielen.

Es wird daher ein eigener Haushaltstitel „Investitionen für Anpassung und Technologietransfer in Entwicklungsländer im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention“ im Einzelplan 16 geschaffen, der mit 650 Mio. Euro ausgestattet wird. Damit kann die Zusage der Bundeskanzlerin aus Kopenhagen eingehalten und darüber hinaus ein starkes Signal an die Entwicklungsländer gesandt werden, dass Deutschland bereit ist, seiner internationalen Verantwortung für den Klimaschutz gerecht zu werden.

Gleichzeitig wird dargestellt, wie Deutschland 2010 das international vereinbarte Ziel erreichen kann, 0,51 Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) bereitzustellen, ohne die zusätzlich notwendigen Klimagelder darauf anzurechnen.

#### Jetzt für morgen forschen

Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit erfordern einen sehr schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem steht die deutsche Erneuerbare-

Energien-Branche in einem harten internationalen Wettbewerb, in dem es darum geht, möglichst schnell die Kosten zu senken. Dies kommt auch den Verbrauchern zu Gute. Mitentscheidend für die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Erneuerbare-Energien-Sektor sind die Forschungsanstrengungen. Deshalb erhöhen wir die Mittel im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit um insgesamt 44 Mio. Euro.

Wir schlagen außerdem eine Umschichtung der Forschungsgelder für die Fusionsforschung in Höhe von 11 Mio. Euro zugunsten der Entwicklung erneuerbarer und effizienter Energietechnologien vor. Weiterhin sichten wir Forschungsmittel von der Agro-Gentechnik zum Ökolandbau um.

Im Baubereich stecken erhebliche Potenziale zur Energieeinsparung und -effizienz durch den verstärkten Einsatz ökologischer und nachwachsender Baustoffe. Mit 12 Mio. Euro wird daher ein Forschungs- und Förderprogramm für den Einsatz nachwachsender Baustoffe initiiert. Durch den Einsatz nachwachsender Baustoffe können über den gesamten Lebenszyklus einer Immobilie Ressourcen, Energien und CO<sub>2</sub>-Emissionen in erheblichem Maß eingespart werden.

#### Kein Sponsoring des Klimawandels

Finanziert werden die Maßnahmen über den Abbau von ökologisch schädlichen Subventionen und Steuervergünstigungen im Umfang von 8,5 Mrd. Euro im laufenden Haushaltsjahr. Die Listen der größten Steuervergünstigungen und Finanzhilfen werden noch immer von ökologisch schädlichen Ausgaben angeführt. So begünstigt der Staat Unternehmen bei der Stromsteuer, befreit Mineralölhersteller von Steuern und erlässt bei grenzüberschreitenden Flügen die Mehrwertsteuer. Wer ernst gemeinten Klimaschutz betreiben will, muss hier umsteuern.

Steuerausnahmen und Abgabenbefreiung darf es für umweltschädliches Verhalten nicht mehr geben – die Preise müssen ökologisch gerecht die externen Effekte des Wirtschaftens abbilden. Deshalb wird die ökologische Finanzreform fortgeführt und eine Vielzahl ökologisch kontraproduktiver Subventionen abgebaut. Sie sind nicht nur ökologisch schädlich, sondern auch fiskalisch falsch, ökonomisch fragwürdig und wettbewerbsverzerrend. Für eine nachhaltige Umwelt- und Haushaltspolitik ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen auf allen Ebenen unverzichtbar.

Die Nichtbesteuerung von Kernbrennstoffen muss daher ebenso abgeschafft werden wie die Mineralölsteuerbefreiung für Luftfahrtbetriebsstoffe und die Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge. Auch die Begünstigungen der Unternehmen bei der Strom-, Mineralöl- und Energiesteuer gehören abgeschafft. Die Steinkohleindustrie muss zuviel gezahlte Subventionen zurückzahlen. Die Zusatzgewinne, die den Energieversorgungsunternehmen durch die kostenfreie Zuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate zugekommen sind, müssen abgeschöpft werden. Die Besteuerung von Dienstwagen muss ökologisch gestaltet werden, die LKW-Mautsätze müssen erhöht und auf 3,5-Tonnen-LKWs sowie auf vielbefahrene Bundesstraßen ausgeweitet werden.

Der Abbau dieser ökologisch schädlichen Subventionen und Steuervergünstigungen führt für 2010 zu Minderausgaben bzw. Steuermehreinnahmen von rund 8,5 Mrd. Euro, die in den nächsten vier Jahren auf rund 13,7 Mrd. Euro aufwachsen werden.

Berlin, den 16. März 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**





